



ANTIFA JUGEND EXTRA

1. Jg.

★★★

Bochum, 6. November 2009

★★★

No1

Heute, am 6.11.2009, werden die MandatsträgerInnen des Bochumer Stadtrats vereidigt. Darunter der 30-jährige Wattenscheider Claus Cremer von der NPD. Somit hat die Stadt Bochum ihren ersten „Nationalen Sozialisten“ im Rat sitzen. Claus Cremer ist seit ca. 16 Jahren Mitglied der Neonazistischen Szene in NRW und seit einigen Jahren gehört er zu den führenden rechtsradikalen Personen in unserer Region. Sei es als Kameradschaftsführer des „Freien Widerstands Wattenscheid“ oder als Mitglied der NPD. Für die rechte Szene nimmt Cremer die Schnittstelle zwischen den offen auftretenden Neonazis und der noch in der Legalität arbeitenden NPD ein. Innerhalb der NPD hat er die Posten des Kreisvorsitzenden von Wattenscheid, des Landesvorsitzenden von NRW und eines Beisitzer im Bundesvorstand inne.

Ein Volksverhetzer im Bochumer Stadtparlament

Cremer stand schon mehrmals vor Gericht. Sei es wegen Körperverletzung, versuchter Gefangenbefreiung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte wie z.B. im letzten Jahr. Aber auch wegen Volksverhetzung, für die er schließlich verurteilt wurde.

Am 26. Juni 2004 fand in Bochum die erste Demonstration gegen den Bau einer Synagoge in Deutschland nach der Niederschlagung des „Dritten Reichs“ durch die Alliierten statt. Getarnt als angebliche Kritik wegen Steuerverschwendung zogen fast 150 Nazis durch Bochum und hetzten gegen JüdInnen. Claus Cremer hatte diese Demonstration im Namen der NPD angemeldet. Auf der Demonstration trug er ein T-Shirt mit einem angedeuteten Hakenkreuz und hielt eine Rede. In dieser Rede hetzte er gegen Menschen jüdischen Glaubens und nutzte unverhohlenen antisemitische und in nationalsozialistischer Tradition stehende Formulierungen. Dafür wurde er am 18. Februar 2005 vor dem Bochumer Landgericht wegen Volksverhetzung zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt.

In seiner ins Internet gestellten Neujahrsrede versprach Claus Cremer den „Kampf um die Parlament, die Köpfe und die Straße“. Was er darunter verstand, machte er während des diesjährigen Wahlkampfes auch handfest deutlich. Seine Ansprache endete mit: „Nationaler Sozialismus ist machbar. Vorwärts für Deutschland“.

Jetzt sitzt dieser Antisemit und Volksverhetzer im Bochumer Stadtrat. Einem Stadtrat, wo seiner Meinung nach die „etablierten Systemversager“ sitzen, denen er (gemäß dem Rahmenkommunalwahlprogramm der NPD) auf die Finger „schauen“ und „hauen“ will. Claus Cremer war in den letzten Jahren auch Mitglied der Bezirksvertretung von Wattenscheid. Dort schaffte er es, sich neben heimattümelnden Anträgen und populistischen Belanglosigkeiten, des öfteren durch Provokationen in Szene zu setzen. Aber nicht nur in der Bezirkssitzung kam die Öffentlichkeit in den zweifelhaften Genuss seiner braunen Ergüsse.



Heldengedenken der NPD Wattenscheid, 13.11.2005

■ So verteilte die NPD im August 2007 zeitgleich zu einer UWG-Veranstaltung zum Thema „Migration und Integration“ rassistische Flugblätter gegen MigrantInnen. Mot-

to: Heimreise statt Einreise.

■ Im selben Monat verlautbarte die Wattenscheider NPD, dass das Erinnern an die Reichspogromnacht einem „Schuld kult“ entspringe und relativierte die Massenvernichtung von Jüdinnen und Juden unter dem Nationalsozialismus, indem sie die Angriffe der alliierten Fliegerverbände während des 2. Weltkriegs als „alliierten Bombenholocausts“ bezeichnete.

■ **Benjamin Dahlbeck**, der stellvertretende Kreisvorsitzende der NPD Bochum/Wattenscheid und Landesbeauftragte für den Ordnungsdienst (OD) der NPD, bezeichnete den 8. Mai 1945 nicht als Tag der Befreiung der Deutschen von der NS-Diktatur, sondern „als Beginn eines qualvollen Leidens der deutschen Bevölkerung“.

■ Im August 2007 bedauerte die Wattenscheider NPD, dass sie anlässlich des 20. Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess keinen Infostand in Wattenscheid aufbauen durfte. Die Partei wollte dort die in Neonazi-Kreisen propagierte These vertreten, dass dieser „Friedensflieger“ ermordet wurde.



Totengedenken vor der Münchener Feldherrenhalle, 11.11.1939

■ Im 9. November sieht die Wattenscheider NPD jedes Jahr aufs neue ein Grund zum Feiern. Laut ihrer Homepage „war es doch ein 09. November im Jahre 1923, als 16 deutsche Männer für ihre Überzeugung und für die Freiheit Deutschlands vor der Mühner Feldherrnhalle von der Bayerischen Landespolizei niedergeschossen wurden.“ So ehrt Claus Cremer und sein Anhang jedes Jahr die erschossenen Nazis des Hitlerputsches, jene „Blutzeugen der Bewegung“, gegen die Demokratie von 1923. In diesem Jahr wird sich wohl die NPD am 15. November wieder ein Stelldichein am teuer sanierten Wattenscheider „Ehrenmal“ am Bußmannsweg geben.

■ Zum Anhang des designierten Ratsherren Cremer ist **Daniela Wegener** zu zählen. Sie stand auf Platz 2 der Kandidatenliste der NPD für das Bochumer Stadtparlament; zuvor kandidierte sie im Jahr 2005 für den NRW-Landtag auf Listenplatz 10. Daniela Wegener ist Kameradschaftsführerin aus dem Sauerland und die stellvertretende Bundesvorsitzende der *Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.* (HNG). Dies ist eine



Claus Cremer mit seinem Anwalt Klaus Kunze. RN-Foto: Wicik

der größten und einflussreichsten rechtsextremen Organisationen in Deutschland. Mit ihrem Gewerbe „Veranstaltungsministerium“, einem Lieferwagen und einer Feldküche versorgt sie nicht nur Aufmärsche der Naziszene. Ihre zahlreichen gute Verbindungen zu diversen Naziorganisationen besicherten ihr und ihrem Lebensgefährten Claus Cremer schon eine Hausdurchsuchung im Oktober 2008. Anlass war das Verbotverfahren gegen die *Heimattreue Deutschen Jugend* (HDJ), die ein halbes Jahr später durch das Bundesinnenministerium dann auch verboten wurde.

Ihr habt ihnen Rosen auf den Weg gestreut!

Mit 1417 Stimmen schaffte es die NPD in Bochum bei der Kommunalwahl am 30. August fast 1 % der abgegebenen Wählerstimmen zu erringen. Dies reichte aus, um der rechtsradikalen Partei ein Mandat zu bescheeren und den vorbestraften Claus Cremer in den Bochumer Stadtrat zu bringen.

Am 1.9 hieß es in der Bochumer WAZ, dass die anderen Parteien mit Betroffenheit auf den Einzug Cremers reagiert hätten. Das verwundert uns stark. Auch dass der SPD-Fraktionschef Heinz-Dieter Fleskes das Ganze „ein eher bestürzendes Ereignis“ nannte.

Wir dürfen die Parteien mal daran erinnern, dass sie es waren, die den Nazis (frei nach Tucholsky) Rosen auf den Weg gestreut haben.

Unter großer Beteiligung fast aller Medien wurde Anfang der 90ziger Jahre in das teutonische Horn der Überfremdung nach der Melodie „das Boot ist voll“ gestoßen. Fast jede Partei entdeckte die Ursache aller Krisen in hilfeschuchenden Flüchtlingen, die nach Deutschland kamen. Die Kampagnen zeigten ihre Wirkung. Überfälle, Brandstiftungen, Morde und Pogrome waren an der Tagesordnung. Schuld waren nach der staatlichen Version nicht die zu deutschen Interessenvertretern mutierten Neonazis und die

"Das Reich ist unser Ziel, die NPD ist unser Weg!"

Udo Voigt, NPD-Bundesvorsitzender, 18.3.2000

"Für uns ist das kein Holocaust-Gedenkmal, sondern wir bedanken uns dafür, dass man uns dort jetzt schon die Fundamente der neuen deutschen Reichskanzlei geschaffen hat."

Udo Voigt, NPD-BuVo, im April 2004

"Intelligenzmäßig liegen die Neger unter den Deutschen."

Jürgen Rieger, NPD-Bundestagskandidat, Sommer 2005

■ Platz 3 der NPD-Liste für den Stadtrat nahm **Markus Schumacher** ein. Der in vielfacher Hinsicht verkrachte Kunsthistoriker trat ebenfalls als Bundestagskandidat für die NPD an und saß bis 2007 in der Stadtverordnetenversammlung in Hattingen. Bis vor kurzem gab er sich auf Website *ns-bo88.ning.com* als Vorsitzender von *Pro Bochum e.V.* aus. Diese Anschrift ist identisch mit der Gruppe *Nationale Sozialisten Bochum*. Auf dieser Internetseite konnte man Markus Schumacher im Braunhemd bewundern. Die Zahl 88 steht überdies im NS-Jargon für „Heil Hitler“.

aufgestachelte rassistische Normalbevölkerung. Nein, die Flüchtlinge waren Schuld daran. Und nachdem die Polizei sich in Hoyerswerda und Rostock fast wochenlang nicht instande sah, einige hundert Brandstifter zu verhaften, war die Republik soweit das Asylrecht faktisch abzuschaffen. Der § 16, eine Errungenschaft aus den Erfahrungen der NS-Diktatur, wurde so ausgehöhlt, dass in der BRD fast niemand mehr politisches Asyl bekommt.

Wer waren diese Liquidatoren der Freiheitsrechte? CDU/CSU, FDP und SPD.

Danach wurden die hofierten Nazi-Organisationen lästig. Zu sehr waren Menschen im Ausland an die Zeit von 1933 bis 1945 erinnert worden. Zwar verbat man einige Nazi-Organisationen, hatte jedoch der braunen Szene schon einen riesigen Aufwind verschafft. Für die Umsetzung ihrer

rassistischen Ideologie sorgte der Staat selber: Lager, Sondergesetze, Abschiebegefängnisse. Und immer wieder Tote durch diese rassistische Maschinerie und die Beamten, die sie durchführen. Bis heute.

Rassismus ist zur Norm, nicht zur Abweicheung geworden. Ob **Jürgen Rüttgers** („faule Rumänen“, „Kinder statt Inder“, etc.), **Roland Koch** („Wer sich als Auslän-

Albtraum oder Realität?!



der nicht an unsere Regeln hält, ist hier fehl am Platz“), **Martin Hohmann** (CDU-“Hohmann-Affäre“), bis **Oskar Lafontaine**, jeder bedient sich des Rechtspopulismus, solange er an den Futtertrog der Macht will und billigt oder forciert dadurch den rassistischen Normalzustand, in dem Nazis sich wie Fische im Wasser bewegen.

Dann der Einsatz der Bundeswehr im Ausland. 1999 waren die Grünen die Eisbrecher. Ausschwitz wurde von **Joschka Fischer** heuchlerisch als Grund für diesen „humanitären Einsatz“ in Ex-Jugoslavien instrumentalisiert. Das deutsche Militär müsse einschreiten, um eine Wiederholung des Holocausts zu verhindern. Die SPD wurde im Jahr 2002 im Hinblick auf den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr schon sachlicher: Deutsche (Kapital-)Interessen sind am Hindukusch zu verteidigen. Das die Waffenlobby der CDU/CSU dafür war, stand ehemals fest. Nach dem Zweiten Weltkrieg sah die Beschränkung der Bundeswehr auf die Landesverteidigung vor, dass es nicht wieder zu einem aggressiven deutschen Imperialismus kommen sollte. Dank SPD und Grüne haben wir ihn wieder. Die Nazis freute es: Deutschland auf dem Weg in den UN-Sicherheitsrat und wieder zur Militärmacht. Für die Nazis allerdings noch mit den falschen Zielen.

Die Aushöhlung von Grundrechten durch

die antisoziale Hartz IV Gesetzgebung, der Ausbau des Polizei- und Überwachungsstaats. Die Milliardengeschenke aus den Steuerabgaben der BürgerInnen für die Industrie und Banken. Die Liste der antisozialen, antidemokratischen und rechtsautoritären Maßnahmen und Gesetzgebungen Rot-Grüner, Rot-Schwarzer und jetzt Schwarz-Gelber Regierungen ist lang. Publizistisch angefeuert durch die willigen Schreiberlinge der Presse und karrieregeile PolitikerInnen. Alles das zeigt Wirkung. Nicht nur die Politik wandert geschlossen nach Rechts. Auch die Bevölkerung. Man fragt sich manchmal schon, wer zuerst ankommt.

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“ (Brecht)

Eine Empörung über Nazis in den Parlamenten scheint absurd. Denn die kapitalistische Gesellschaft erntet das, was sie gesät hat. Die Empörung ist moralisch gespielt und bei den meisten alles andere als echt. Genau wie die Demokratie, die die meisten zu leben vorgeben. Beides existiert mithin als Feigenblatt. Dieses Land ist längst auf dem Weg in einen autoritären Staat. Die Nazis haben neben ihrer Funktion als reaktionäre Grenzüberschreiter und ideologische Stichwortgeber noch die, dass sich die anderen Parteien zu gegebenen Anlässen positiv als demokratisch und „die Mitte der Gesellschaft“ abgrenzen können. Aber längst setzen die sich „demokratisch“ gebenden Parteien die rassistische Abschottung Europas durch. Beuten die so genannte 3. Welt weiter hemmungslos aus. Machen aus der Natur ein Kloake, treten die Rechte von Menschen und Tieren mit Füßen. Und liquidieren Grund und Freiheitsrechte.

Das Zusammenstreichen von ehemals kläglichen Förderprogrammen gegen Rechts, der dilettantische Versuch die NPD zu verbieten, das windelweiche Vorgehen der Polizei gegen Naziaufmärsche und Aktionen, das augenzwinkernde Verhältnis der Justiz zu angeklagten Nazis, der

fahrlässige und dumm-dreiste Einsatz schwerkrimineller Neonazis als V-Männer durch den NRW-Verfassungsschutz. Das alles spricht Bände. Und so haben die Nazis der NPD innerhalb einer Wahlperiode bundesweit ihre Kommunalmandate von einigen Dutzend auf weit mehr als 300 erhöht.

Aber man braucht gar nicht in die Ferne schweifen, um die Verpflechtung von gutbürgerlicher Mitte mit Nationalsozialisten oder deren Gedankengut zu belegen. Ein Blick auf Bochums Lokalgeschichte reicht.

*„Schwarz-braun ist die Haselnuss“
– Bochumer Lokalcolorit*

■ 1994 avancierte der Nazi **Marcus Scholz** zum Pressesprecher der CDU-Ortsverbandes Wattenscheid-Mitte. Er war Mitglied der Nazigruppe **Volkswille** von **Marc Meier zu Hartum**. Diese auf Terror gegen Linke spezialisierte Anti-Antifa-Gruppe flog nach zahlreichen Gewalttaten auf und stand 1995 vor der Dortmunder Staatsschutzkammer wegen § 129, Bildung einer kriminellen Vereinigung. Laut der niederländischen Zeitung **Frij Nederland** wußte der CDU-Vorstand von der Einstellung seines Pressespre-

Marcus Scholz, Ex-Pressesprecher der CDU



chers.

■ Im Jahr 2007 schloss auf antifaschistischen Druck in Bochum der Bekleidungsladen **Goaliat**. Ein Laden der rechtsextremen Modemarke **Thor Steinar**. Die Bochumer Junge Union begann gegen die Jusos und die Antifa zu polemisieren und sprach von Hetze. Dabei wurde bekannt, dass ihre Mitglieder nicht nur auf offiziellen Anlässen diese rechtsextreme Modemarke trugen, sondern auch für diese Werbung machten.

■ Ebenfalls 2007 flogen mehrere JU- und CDU-Mitglieder mit einer eindeutig zum Rechtsextremismus tendierenden Internetseite namens „Bochum gegen links“ auf. Namhaft wurden **Hendrik Schäfer** von der JU Querenburg und der Integrationsbeauftragte der Bochumer CDU **Dirk Schmidt**. Dirk Schmidt sitzt nun wieder im Bochumer Stadtrat. Genauso wie Hendrik Schäfers damaliger enger Parteifreund **Lars Lammert**, aus dem Lammert-Clan.

■ Wie es die Lammerts mit den Faschisten halten, konnte man im Februar 2007 an der Bochumer Universität bestaunen. Der amtierende Bundestagspräsident **Norbert Lammert** trat als Redner und Schirmherr einer ultrakonservativen/rechten Veranstaltung auf, Titel: „Dialektik der Säkularisierung“. Einer der Hauptredner war der rassistische, homophobe und erzkonservative **Roberto de Mattei**, Vice Presidente del Consiglio Nazionale, aus Rom. Dieser Mann war niemand Geringeres als der persönliche Berater des damaligen Präsidenten der faschistischen Partei **Alleanza Nazionale** (AN) aus Italien. Soweit zur Wertediskussion, die Herr Lammert zu pflegen beabsichtigt.

Soweit zum Demokratieverständnis und Antifaschismus der CDU.

Bochums Pseudo-Alternative(n)

Bochums Grüne betreiben einen Antifaschismus der ganz besonderen Art. Der Nachwuchs-Grüne und jetzige Ratsherr **Christian Michalak** lud am 28.2.2008 nicht

Wir fordern folgenden Minimalumfang mit der NPD im Bochumer Stadtrat:

- ★ Gemeinsames Vorgehen im Parlament gegen die rechtsradikale NPD. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremen kann nur Erfolg haben, wenn man zusammen arbeitet.
- ★ Der menschenverachtende Hintergrund der Positionen der NPD muss immer hervor gehoben werden! Dem Versuch der NPD sich als ganz normale Partei und politischen Faktor in unserer Stadt zu etablieren muss vom Anfang an entgegen getreten werden.
- ★ Keine Einkalkulierung von Stimmen der NPD in Ratsentscheidungen! Dadurch wird diese Partei versuchen politischen Einfluss und öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen.
- ★ Ablehnung jedes Antrags der NPD! Egal wie harmlos und ideologiefrei er erscheint: Die NPD wird eine Zustimmung immer als Erfolg auf ihrem Weg der angestrebten Normalisierung feiern. Aber begründen Sie immer öffentlich und inhaltlich die generellen Ablehnungen. Unbegründet würde sich die NPD nur wieder als Opfer inszenieren können
- ★ Schweigen und Ignorieren sind völlig fehl am Platz! Aktive inhaltliche Auseinandersetzung mit den rechtsradikalen Inhalten ist gefragt. Um die braunen Demagogen zu demaskieren, muss ihr antidemokratischer, menschenverachtender und archaische Charakter der Bevölkerung immer wieder deutlich gemacht werden. Dafür ist eine breite und ernstzunehmende Debatte über die grundlegenden Werte einer demokratischen und an den Menschenrechten orientierten Gesellschaft notwendig. Kein phrasenhafter Monolog mit gleichzeitigem Ausschluss der Betroffenen, wie wir ihn nur allzugen kennen.
- ★ Machen Sie auch persönlich deutlich, was Sie von einem rechtsradikalen Mandatsträger und seinen Angestellten halten. Ein öffentlich wahrnehmbares Verhalten gegenüber dem „netten Amtskollegen“, der leider ein Nazi ist, wäre ein fatales Signale in der Öffentlichkeit und würde das gesellschaftliche Klima zu Gunsten der Nazis beeinflussen.
- ★ Einschränkung des Spielraums der NPD mit vorhandenen Mitteln! Konsequente Nutzung der Mittel des Rates, wie Geschäftsordnung und Sitzungsleitung, um Störungen und Provokationen durch rechtsextreme MandatsträgerInnen zu unterbinden. Fortwährende Prüfung der Äußerungen Cremers nach strafrechtlicher Relevanz. All dies darf natürlich die inhaltliche Auseinandersetzung nicht ersetzen.

nur die Grüne Bundestagsabgeordnete **Monika Lazar**, sondern auch den Verfassungsschützer **Thomas Grumke** ein. Auf Betreiben gerade der der NRW Grünen findet seit zwei Jahren eine Integration des Überwachungs- und Repressionsorgan des VS in Strukturen der Zivilgesellschaft statt. Der VS wird dabei als der Spezialist und neutrale Ansprechpartner der BürgerInnen in Fragen des Antifaschismus hingestellt. So unterstützten die NRW Grünen auch das Pilotprojekt des VS an die Schulen zu gehen und SchülerInnen in ihren Sinne zu beeinflussen. Dies angesichts des gesetzlichen Auftrags des VS, die Gesellschaft auszuspähen, dessen katastrophale Rolle beim NPD-Verbot und dessen Unterstützung der neonazistischen Szene in NRW, in dem er diese mit Waffen und Sprengstoff belieferte (siehe dazu Fall des VS-Agenten **Sebastian Seemann**). Die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen ist das kritische Beäugen stattlicher Instanzen und Aktionen. Und nicht die Verschmelzung mit Ausspäh- und Repressionsapparaten des Staates. Aber der karriereorientierte Herr Michalak hat die Zeichen der Zeit erkannt und schenkte jovial dem VS'ler zum Abschied noch eine Flasche Rotwein: auf gute Zusammenarbeit! Die Diffamierung von Antifa-Demonstrationen durch die Soziale Liste sollte ja mittlerweile schon bekannt sein. Und der saisonbedingte Wahlkampf-Antifaschismus der Linkspartei und der SPD ebenfalls.

Keine rosigen Aussichten für den Antifaschismus, wenn man die gewählten Parteien im Bochumer Stadtparlament betrachtet. Ein Grund mehr nicht nur Claus Cremer, sondern auch den Vertretern der anderen Parteien im Umgang mit der NPD auf die Finger zu schauen.

KONTAKT
Antifaschistische Jugend
Bochum
 ajb@riseup.net
 ajb.blogsport.de

Azzoncao, ein Polit-Café
 c/o Bhf. Langendreer
 Wallbaumweg 108
 44894 Bochum
 azzoncao@mail.nadir.org
 www.nadir.org/azzoncao/

Filmprojekt UNO DI NOI
 unodinoini.blogsport.de



„Man hört immer wieder, daß die Abschaffung des Staates eine Utopie sei. Meiner Einschätzung nach ist es aber der einzig realistische Weg für eine humane Zukunft.“
(Johannes Agnoli)



KEINEN FUßBREIT DEN FASCHISTEN!

Antifaschistische Jugend Bochum
Azzoncao, ein Polit-Café

